

„In dieser Situation tragen wir große Verantwortung“

Katholiken-Aufruf zur Volkskammerwahl vom 18. März

Der „Gemeinsame Aktionsausschuß katholischer Christen in der DDR“, die neugegründete Dachorganisation katholischer Laienvertreter in der DDR (vgl. HK, Januar 1990, S. 5), hat sich aus Anlaß der Volkskammerwahl vom 18. März mit einem eigenen Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt. Der Aktionsausschuß sprach darin keine Wablempfehlung aus, sondern bejahte die bestehende Meinungsvielfalt, die auch unter katholischen Christen legitim und zu achten sei, kennzeichnete aber Wert- und Handlungsmaßstäbe, die aus seiner Sicht für eine „verantwortliche Wahlentscheidung“ hilfreich sein könnten. Zur Wahl selbst heißt es in dem Aufruf: in der gegebenen Lage sei Wahlrecht Wahlpflicht. Wir dokumentieren den Aufruf im Wortlaut.

„Am 18. März 1990 werden die Bürger dieses Landes zum ersten Mal seit der Gründung der DDR die Möglichkeit haben, in freien Wahlen zu bestimmen, welche Frauen und Männer in diesem Teil Deutschlands über den künftigen Weg entscheiden sollen. Was für die meisten Menschen noch vor einem Jahr undenkbar schien, ist heute Wirklichkeit:

Gemeinsam mit unseren Mitbürgern können wir durch unser Wort und unsere Tat Staat und Gesellschaft so gestalten, wie es dem Willen der Mehrheit entspricht. Der Weg ist offen für ein einiges Deutschland als Glied eines zusammenwachsenden Europas und als friedlicher Partner aller Völker in Ost und West, in Nord und Süd.

Wir danken allen Menschen in Europa und der Welt und in unserem eigenen Land, die – von unterschiedlichen Überzeugungen herkommend – durch ihren Mut und durch ihre Entschlossenheit die Wende herbeigeführt haben. In besonderer Verbundenheit denken wir an den selbstlosen Dienst, den evangelische Christen während des schwierigen Weges zu dieser Wende auf sich genommen haben. Die Ökumenische Versammlung, die Schwestern und Brüder aus allen christlichen Kirchen zusammenführte und ein klares Wort für den Frieden, die Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung sprach, war ein unübersehbares Zeichen auf dem Weg zur Umkehr und zu einem neuen Beginn. Wir sind froh, daß auch katholische Christen in dieser Versammlung, in den entscheidenden Tagen des Herbstes 1989 und in den langen Jahren davor durch ihr Zeugnis dazu beitrugen, daß das Licht der Liebe und der Wahrheit aus Gottes frohmachender Botschaft nicht verlosch.

Dennoch müssen wir bekennen, daß viele von uns zu oft es für ausreichend hielten, zu einem Staat, den sie nicht errichtet hatten, und zu einer Gesellschaft, die sie nicht mitgestalten konnten, auf Distanz zu gehen, statt sich einzumischen, wenn es galt, Lüge und Ungerechtigkeit entgegenzutreten. Nicht zuletzt wollen wir daher an jene

bedrückend große Zahl von Menschen erinnern, die in ihren Hoffnungen betrogen, in ihren Idealen mißbraucht, in ihren Rechten eingeschränkt und um ihr Eigentum gebracht worden sind. Unsere besondere Achtung gilt allen, die ihrer Freiheit beraubt wurden und die ihr Leben verloren haben.

In dieser Situation tragen wir alle große Verantwortung, der kein katholischer Christ ausweichen darf. Wir wissen, daß es vielen unserer Schwestern und Brüder nicht leichtfällt, nach Jahren, in denen sie wie Unmündige behandelt wurden, und angesichts einer scheinbar verwirrenden Vielfalt von Programmen und Parteien, sich zu einer Entscheidung durchzuringen. Dennoch sagen wir mit großem Ernst: In dieser Lage ist Wahlrecht für einen katholischen Christen Wahlpflicht.

„Christen können ihre Wertmaßstäbe nicht am individuellen Wohlstand festmachen“

Die Wahlentscheidung ist die ureigene Verantwortung jedes einzelnen Bürgers, auch jedes katholischen Christen. Dieses Recht und diese Pflicht können und wollen wir niemandem abnehmen. Auch wissen wir, daß aus christlicher Verantwortung heraus unterschiedliche politische Sachentscheidungen möglich sind. Meinungsvielfalt ist auch unter katholischen Christen legitim, und wir wollen uns in dieser Meinungsvielfalt mit Achtung und Toleranz gegenüberstellen. In voller Wahrung dieser Meinungsvielfalt möchten wir einige Überlegungen und Gesichtspunkte zu bedenken geben, die katholischen Christen bei einer verantwortbaren Wahlentscheidung hilfreich sein können:

1. Die Bürger dieses Landes durchleben zur Zeit ein Wechselbad von Euphorie und Panik. Einige erwarten von der nationalen Einigung eine kurzfristige Lösung aller Probleme. Andere sehen jahrzehntelange Sicherheiten und Gewohnheiten bedroht und sorgen sich um ihre soziale Stellung und um ihre wirtschaftliche Existenz. Als katholische Christen sollten wir beiden Haltungen in Nüchternheit widerstehen. Wir wissen, daß die deutsche Einheit nicht mit einem Schlage alle Probleme lösen kann, sondern zwangsläufig auch Schwierigkeiten und Härten mit sich bringen wird. Zugleich wissen wir, daß eine rechtsstaatliche Ordnung und eine soziale und ökologisch orientierte Marktwirtschaft in ganz Deutschland eine Fülle von Chancen mit sich bringen wird, die es verantwortbar und in solidarischer Haltung zu nutzen gilt: Christen können ihre Wertmaßstäbe nicht am individuellen Wohlstand festmachen. Die Frage lautet vielmehr: Wie

können Rechte und Möglichkeiten für alle garantiert und wie kann soziale Angst und wirtschaftliche Not verhindert werden? Unabhängig davon, wie sich die Zukunft im einzelnen gestalten wird, bleiben uns unsere Mitmenschen wichtig – jeder einzelne von ihnen.

2. Für den Fortbestand einer Gesellschaft und für das menschliche Miteinander sind die Grundwerte besonders wichtig, die das Leben des einzelnen und der Gemeinschaft bestimmen. Mit allen Menschen guten Willens wollen wir Christen uns einsetzen für Wahrhaftigkeit, Gemeinsinn, Verantwortungsbewußtsein und Rücksichtnahme. An diesen Werten muß jedes Streben nach gesellschaftsgestaltender Macht und nach persönlicher Selbstverwirklichung seine Grenzen finden.

3. Wir Deutsche sind durch unsere Geschichte in besonderer Weise verpflichtet, unsere staatliche Existenz so zu gestalten, daß es dem friedlichen Zusammenleben der Völker dient. Wir alle müssen dafür einstehen, daß der Wunsch der Deutschen nach einem freien und rechtsstaatlichen Gemeinwesen, das in demokratischer Weise regiert wird, jetzt seine friedliche Erfüllung findet. Zugleich wollen wir mit allen verantwortungsbewußten Menschen darauf achten, daß dieses Deutschland in seinen heutigen Grenzen ein guter Nachbar, ein verlässliches Glied des sich einigenden Europas und ein verantwortungsvoller Partner in der Völkerfamilie wird und bleibt. Dabei wollen wir Christen es als unsere besondere Aufgabe ansehen, über unseren eigenen Sorgen und Problemen die übergroße Not der armen und arm gemachten Völker nicht zu vergessen und ihnen in solidarischer Hilfe beizustehen.

„Viele Menschen sehen sich im Spannungsfeld von Leistungsgesellschaft, Solidargemeinschaft und Sorge für die Umwelt“

4. Die Achtung der Menschenrechte ist das Fundament jedes Gemeinwesens. In vielen Jahrzehnten haben wir Machtmißbrauch bitter erfahren müssen, und wir sollten jedem Ansatz in dieser Richtung entschlossen entgegenreten. Ein Maßstab für den Geist jedes Gemeinwesens ist der Umgang mit Andersdenkenden, insbesondere mit einer Minderheit von Andersdenkenden. Wir Christen – evangelische und katholische Christen zusammen – sind heute in dieser Gesellschaft eine solche Minderheit. Daher halten wir es für gerechtfertigt, auch auf unsere rechtliche und tatsächliche Stellung in der Gesellschaft zu achten. Diese Stellung wollen wir nicht als ein Privileg, sondern wir wollen uns zugleich für die berechtigten Anliegen anderer Minderheiten einsetzen. Eine schwierige Aufgabe, die unsere Gesellschaft lösen muß, wird darin bestehen, den Opfern und Leidtragenden der Vergangenheit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und zugleich

den Tätern die Chance zur gesellschaftlichen Integration zu bieten. Hier sind wir Christen in besonderer Weise gefordert, und wir sollten uns in unserer von der versöhnenden Tat Jesu Christi getragenen Haltung auch dann nicht beirren lassen, wenn wir zwischen die Fronten geraten.

5. Die Familie als eine wesentliche Form gemeinschaftlichen Zusammenlebens ist für die Gesellschaft von unverzichtbarem Wert. Diese uralte Erkenntnis droht heute in den Hintergrund zu treten. Um so mehr sollten wir Christen für den Wert und die Rolle der Familie eintreten und diese unsere Überzeugung auch vorleben. Im Interesse der kommenden Generationen treten wir dafür ein, daß die Erziehung von Kindern als gleichrangige Aufgabe von Vätern und Müttern neben ihren beruflichen Leistungen anerkannt wird, zum Beispiel durch flexible Gestaltung der Arbeitszeit, durch alternative Modelle zur Kombination von Erziehung, Beruf und Weiterbildung, durch soziale Sicherheit für Eltern, die ihre Kinder bis zum 3. Lebensjahr zu Hause erziehen wollen, durch Hilfen für alleinerziehende Mütter und Väter und für Eltern mit kranken Kindern. Wir fordern, Familien und Alleinstehende zu unterstützen, die sich der Betreuung älterer, pflegebedürftiger Angehöriger widmen. Eine große Sorge ist uns die Tatsache, daß traditionell frauentypische Berufe häufig mit einem geringen Einkommen verbunden sind und diese Frauen auch nur relativ niedrige Renten erhalten. Mit aller Kraft sollten katholische Christen gegen den Strom schwimmen und sich überall dafür einsetzen, daß der Gesellschaft wieder stärker der Wert und die Würde des ungeborenen Menschen zu Bewußtsein kommt.

6. Das Bildungswesen ist in der Vergangenheit von christlichen Eltern, Schülern und Lehrern durch seine einseitige ideologische Orientierung weithin als bedrückend empfunden worden. Für katholische Christen ist und bleibt das Ersterziehungsrecht der Eltern ein unverrückbarer Grundsatz. Die Schule muß wirklich eine Einrichtung der gesamten Gesellschaft sein, die die Kinder und Jugendlichen zu selbstverantwortlichem und gemeinschaftsbewußtem Handeln befähigt. Sie muß so strukturiert sein, daß sie der Mitbestimmung von Eltern, Lehrern und Schülern Raum bietet. Nach unserer Überzeugung wäre es ein Gewinn für das Bildungswesen dieses Landes, wenn auch Schulen in freier Trägerschaft und alternative Schulformen möglich würden. In jedem Fall treten wir dafür ein, daß kirchliche Erziehungseinrichtungen (Kindergärten, Kinderhorte, Schüler- und Studentenheime) finanziell und rechtlich öffentlichen Einrichtungen gleichgestellt werden. Zwei Aufgaben, die sich unmittelbar aus der gegenwärtigen Situation ergeben, bestehen darin, durch Bildungsangebote den Anschluß an den Leistungsanspruch der künftigen Gesellschaft zu ermöglichen und Möglichkeiten für bisher aus weltanschaulichen Gründen Benachteiligte vorzusehen, Bildungschancen nachzuholen.

7. Im Blick auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung

sehen sich viele Menschen im Spannungsfeld zwischen den Anforderungen einer Leistungsgesellschaft, der Notwendigkeit einer Solidargemeinschaft und der Sorge um die Umwelt. Hier müssen wir alle Verantwortlichen auf die Erkenntnis der katholischen Soziallehre hinweisen, daß freie Marktwirtschaft nicht sozusagen im Selbstlauf Wohlstand für alle bringt, sondern diese zwingend eines ausgebauten Systems sozialer Sicherheiten und wechselseitiger Unterstützung als fester Komponente bedarf, um zur sozialen Marktwirtschaft zu werden. Darüber hinaus hat die erschreckende Bedrohung der Umwelt in diesem Land – wie auch anderswo – zur Erkenntnis geführt, daß die Marktwirtschaft ökologisch orientiert sein muß, wenn nicht Katastrophen unvorstellbaren Ausmaßes uns und vor allem unsere Nachkommen bedrohen sollen. In dieser Situation müssen katholische Christen jedes Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept daraufhin überprüfen, ob es

den Menschen hilft und sie befähigt, den Herausforderungen einer Leistungsgesellschaft gerecht zu werden, wie es die Härten der notwendigen wirtschaftlichen Umstrukturierung vermeiden oder lindern und verkürzen will, ob es Randgruppen der Gesellschaft in den Blick nimmt, ob es den Menschen klar sagt, daß die solidarische Hilfe für andere – hier und überall in der Welt – und die Rücksicht auf die Umwelt Konsequenzen für das Leben des einzelnen haben muß.

Liebe Schwestern und Brüder, nicht häufig stehen Menschen und Völker vor Entscheidungen, die die Zukunft auf lange Zeit vorausbestimmen. Die Wahl am 18. März 1990 ist mit Sicherheit ein Ereignis, über das spätere Geschichtsbücher berichten werden. Treffen wir unsere Entscheidung so, daß wir vor unseren Mitmenschen und vor der Nachwelt, vor allem aber vor unserem Gewissen, damit bestehen können.“

„Das gemeinsame Erbe weist uns eine gemeinsame Verantwortung zu“

Eine Erklärung der deutschen Bischöfe zur Versöhnung mit den Tschechen

Anlässlich ihrer diesjährigen Frühjahrsvollversammlung in Augsburg (vgl. ds. Heft, S. 102f.) veröffentlichten die deutschen Bischöfe eine gemeinsame „Erklärung zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk“. Mit der Erklärung, die auch von den Bischöfen der DDR mitverabschiedet wurde, danken die Bischöfe Staatspräsident Václav Havel und Kardinal František Tomášek für deren Stellungnahmen zur Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg (vgl. HK, Februar 1990, S. 96), beklagen die Untaten Deutscher während der Nazizeit und des Kriegs, und die Bischöfe der Berliner Bischofskonferenz sprachen ihr Bedauern über die Teilnahme der NVA der DDR an der gewaltsamen Unterdrückung des „Prager Frühlings“ aus. Hier der Wortlaut der Erklärung.

Die friedliche Revolution in der Tschechoslowakei hat den Menschen in unserem Nachbarland Freiheit und neue Hoffnung gebracht. Mit besonderer Freude begrüßen wir die von den Gläubigen des Landes wieder errungene Religionsfreiheit. Seit mehr als vierzig Jahren haben jetzt wieder alle Diözesen des Landes einen Bischof. Wir hoffen, daß die Behinderung des kirchlichen Lebens durch die Behörden und die Diskriminierung der Christen in der Gesellschaft nunmehr der Vergangenheit angehören. Die neugewonnene Freiheit läßt auch die Hoffnung wachsen, daß die zwischen Tschechen und Deutschen liegende Last der Vergangenheit gemeinsam abgetragen werden kann.

Der Staatspräsident der Tschechoslowakei, Václav Havel, hat dem deutschen Nachbarvolk die Hand zur Versöh-

nung gereicht, indem er – in vollem Bewußtsein des auch von Deutschen an Tschechen begangenen Unrechts – die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat nach dem Zweiten Weltkrieg als „zutiefst unmoralische Tat“ verurteilte. Mit Bewegung und Dankbarkeit vernahmen wir dieses Wort. Mit denselben Empfindungen durften wir auch erleben, daß der Erzbischof von Prag, Kardinal František Tomášek, am 11. Januar 1990 erklärte: Die Akte der „Rachgier“ und der „Verfolgung“, die sich gegen die Deutschen in der Tschechoslowakei richteten, bilden einen „Schandfleck auf unserer nationalen Ehre“, die sich nicht durch Verschweigen oder den Hinweis auf das uns zugefügte Unrecht . . ., sondern nur durch ein objektives Bekenntnis zur ganzen Wahrheit und durch die Distanzierung von dem eigenen Unrecht tilgen lasse. „Die Wahrheit und die Liebe machen uns frei“, schreibt Kardinal Tomášek. Diese Botschaft des Evangeliums haben die Christen in die Fundamente des gemeinsamen europäischen Hauses einzubringen. „Das Herz Europas, aus dem einige Male in der Geschichte der Haß bis zum Völkermord loderte, sollte nun beginnen, im Rhythmus der Freundschaft zu schlagen.“

I. Trauer und Vergebung der Schuld

Wir danken dem Staatspräsidenten der Tschechoslowakei und dem Erzbischof von Prag mit den tschechischen Katholiken für dieses befreiende Wort. Die Erwähnung der Schuld, die die Verantwortlichen für die Vertreibung der